



Resolution Große Tarifkommission Metall- und Elektroindustrie 15. September 2011

Arbeit sicher und fair – wir treten in Aktion!

Seit vielen Monaten diskutieren wir in den Betrieben und in der Großen Tarifkommission, welche Themen und Inhalte wir angehen wollen, um ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit und an besseren Teilhabechancen auch durch die Tarifpolitik durchzusetzen. Noch immer gilt: Der Aufschwung hält an. Doch für viele Menschen bedeutet er kein Mehr an Sicherheit und Wohlstand. Dies betrifft insbesondere die Jugend.

Am letzten Montag hat der Vorstand der IG Metall grünes Licht gegeben, jetzt in allen Tarifgebieten in Verhandlungen mit den Arbeitgebern über unseren Forderungsrahmen einzutreten.

Schon heute haben wir in vielen Betrieben Regelungen getroffen, durch die Jugendliche unbefristet übernommen, Leiharbeit entweder verhindert oder ihr Umfang zumindest begrenzt und die Betroffenen materiell besser gestellt werden. So gibt es 380 Betriebe ganz ohne Leiharbeit, in knapp 150 Fällen haben wir Besser-Regelungen. Drei von vier der bei uns organisierten Leiharbeiter haben zumindest das vergleichbare tarifliche Grund- und Leistungsentgelt. In einer wachsenden Zahl von Betrieben konnten wir die gleiche Vergütung („equal pay“) durchsetzen.

Wir wollen die kommenden Monate nutzen, weitere gute Regelungen betrieblich durchzusetzen. Jedes Beispiel ist ein Baustein unserer Strategie, auf allen Handlungsebenen, dem Betrieb, der Tarifpolitik und der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung eine Mauer gegen wachsende Prekarität und für Teilhabegerechtigkeit zu bauen. Wir werden diese Bausteine für gerechtere Arbeit dabei auch öffentlich dokumentieren, um den Druck auf die Arbeitgeber sichtbar zu erhöhen, mit uns zu solchen Regelungen zu kommen. Und wir werden „schwarze Schafe“, die sich Regelungen verweigern, weiterhin an den Pranger stellen.

Konkret nehmen wir uns in Baden-Württemberg vor:

- Die aktive Mobilisierung der Jugend auf den Aktionstag am 01. Oktober 2011 in Köln zur weiteren Verankerung der Übernahmeforderung in den Betrieben zu nutzen.
- Im Herbst das Thema in die Jugendversammlungen der Betriebe zu tragen, Jugendvoten zu tariflichen Forderungen durchzuführen und von den Arbeitgebern eine Stellungnahme zur unbefristeten Übernahme einzufordern.
- Wir wollen im Herbst weiter die Leiharbeiter in den Betrieben zu ihren Forderungen an die Arbeitgeber befragen und Beteiligungsstrukturen für organisierte Leiharbeiter aufbauen.
- Zentral steht unser Ziel: In jeder Verwaltungsstelle in mindestens 2 Betrieben positive Regelungen zu den Themen Leiharbeit und/oder Übernahme durchzusetzen.

Diese Aktivitäten sind ein erster Schritt in Richtung einer überbetrieblichen Mobilisierung im Vorfeld der Tarifrunde 2012, sollten wir nicht bis Ende des Jahres substantielle Fortschritte in den anstehenden Gesprächen erreicht haben. Die IG Metall hat mit der Kündigungsmöglichkeit des TV Beschäftigungssicherung zum 31.03.2012 und mit dem Beschluss über den Forderungsrahmen ihren Anspruch und ihre Bereitschaft deutlich gemacht, die Themen Ausbildung/Übernahme, Leiharbeit und Werkverträge tariflich neu zu regeln. Wir wollen hierzu im Vorfeld der Entgeltrunde 2012 zu Ergebnissen kommen. Es liegt an Südwestmetall (SWM), dieses Angebot aufzunehmen und unter Beweis zu stellen, dass Arbeitgeberverbände auch außerhalb einer konfliktären Zuspitzung lösungsfähig sind.

Daneben streben wir an, die Gespräche mit SWM zur Fortführung des TV Kurzarbeit, Qualifizierung, Beschäftigung (TV KQB) bis November erfolgreich zu Ende zu bringen. Dies würde eine Kündigung des TV KQB zum 31.12.2011 hinfällig machen.

Wir erwarten vom Vorstand der IG Metall darauf hin zu wirken, dass jetzt in allen Bezirken Gespräche aufgenommen und betrieblich Druck entfaltet wird, um auch bundesweit entsprechende Aktivitäten umzusetzen

Die Große Tarifkommission hat mehrfach erklärt, wie wichtig es ist, den politischen Druck auf eine weitergehende Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch die Bundesregierung aufrecht zu halten.

So lange eine solche gesetzliche Regelung nicht in Sicht ist, muss auch geprüft werden, ob die alte Zusage der Leiharbeitsverbände zur Einführung von Branchenzuschlägen bei Einsatzzeiten in der Metall- und Elektroindustrie auch tariflich eingelöst werden kann. Dies könnte die Auseinandersetzung um betriebliche „equal-pay“-Regelungen unterstützen. Die Sondierungen haben gezeigt, dass ohne weitere Bewegung keine auch nur annähernd befriedigende Lösung möglich scheint. Die notwendige Bewegung und Beteiligung der Beschäftigten, auch der Leiharbeiter, werden wir auch in Zukunft vordringlich in den Entleihbetrieben entwickeln müssen. Auch dafür brauchen wir zunächst die erweiterten Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Leiharbeit und Werkverträgen. Eine Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen und die Forderungen, setzt die Beteiligung der Tarifkommissionen der Metall- und Elektroindustrie voraus.

Wir gehen selbstbewusst in die kommenden Auseinandersetzungen. Wir haben Mitglieder und damit Kampfkraft gewonnen, wir haben Rückhalt für unsere Forderungen bei den Funktionären und Belegschaften, wir handeln aktiv in den Betrieben und wir verspüren öffentlichen Rückenwind. Dies gilt es auch in den kommenden Monaten weiter auszubauen.